

Appell-Brief des Unternehmensnetzwerkes WWF CLIMATE GROUP an die KoalitionsverhandlerInnen

Wien, am 03. Dezember 2019

Sehr geehrter Herr Kurz, sehr geehrter Herr Kogler!

Die Folgen der Klimakrise werden immer sichtbarer, gesundheitsschädlicher und teurer: Gletscher verschwinden, Äcker und Wälder vertrocknen, Hitzewellen und Dürre belasten Mensch und Natur. Dennoch ist es bisherigen Bundesregierungen nicht gelungen, Treibhausgasemissionen zu reduzieren und die im Parlament 2016 beschlossenen Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen. Ohne Trendwende droht Österreich auch die EU-Klimaziele bis 2030 zu verfehlen, was zu zusätzlichen Budgetrisiken von bis zu neun Milliarden Euro führen könnte. Das sind Mittel die sinnvollerweise vorausschauend in die Entwicklung einer CO₂-neutralen Zukunft investiert werden sollten und nicht als Strafzahlungen quasi verschenkt werden. Wir sind darüber sehr beunruhigt und wollen als Unternehmen unseren aktiven Beitrag zur Lösung dieser Krisenszenarien leisten.

Aus unserer Sicht ist der Klimavertrag von Paris nicht nur eine globale Notwendigkeit, sondern für Österreich sogar ein absoluter Glücksfall. Denn dank diesem Abkommen steht jedes Land in der Verantwortung, seinen Teil zum Gesamtziel, die Klimaerhitzung deutlich unter zwei Grad zu begrenzen, beizusteuern. Das schafft nicht nur mehr Lebensqualität, sondern auch zahlreiche neue Entwicklungsmöglichkeiten und Absatzmärkte, von denen sowohl der Wirtschaftsstandort Österreich als auch die heimische Exportwirtschaft enorm profitieren können. Eine zentrale Voraussetzung dafür sind klare politische Rahmenbedingungen und Maßnahmen, die klima- und naturschädliche Aktivitäten in Österreich zurückdrängen und die Investitionsmöglichkeiten in energieeffiziente Technologien, Erzeugung und Anwendung erneuerbarer Energien, emissionsfreie Verkehrs- und Transportsysteme oder kreislaufwirtschaftstaugliche Produkte deutlich verbessern.

Wir schlagen Ihnen daher zehn Zukunftsprojekte für ein mögliches Regierungsprogramm vor, mit denen Österreich im internationalen Vergleich zu einem erfolgreichen Vorreiter aufsteigen könnte. Aus Sicht der WWF CLIMATE GROUP sind ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen und ein erfolgreiches nachhaltiges Wirtschaften der einzig richtige Weg in die Zukunft und dafür müssen faire und planbare Rahmenbedingungen für alle Beteiligten sichergestellt werden.

1. Klimaneutralität bis 2040 verankern

Österreich braucht ambitionierte, wissenschaftsbasierte Ziele, die dem Pariser Klimaschutzabkommen gerecht werden. Daher muss die Freisetzung klimaschädlicher Treibhausgase bis 2030 zumindest halbiert werden und die Klimaneutralität¹ bis 2040 in der Verfassung verankert werden. Diese Ziele sollten über alle Parteigrenzen hinweg außer Streit gestellt werden, damit für Wirtschaft und Bevölkerung Planungs- und Investitionssicherheit besteht. Zusätzlich braucht es ein verbindliches, wissenschaftlich fundiertes CO₂-Budget, das den Pfad zur Klimaneutralität planbar skizziert. Generell gilt: Zusätzlich zum Klimaschutzbeitrag, den sowohl die Wirtschaft als auch jeder und jede Einzelne leistet, muss in erster Linie die Politik die Voraussetzungen dafür schaffen, klare Leitlinien beschließen und die nötigen Budgets vorsehen.

2. Ökologische, sozial und wirtschaftlich gerechte Steuerreform umsetzen

Die Ausrichtung des Steuer- und Abgabensystems auf Klimaschutz und Energieeffizienz ist der wichtigste Hebel der nationalen Klimapolitik. Daher braucht es eine ökologische, sozial und wirtschaftlich gerechte Steuerreform, die mit ihren Effekten **insgesamt aufkommensneutral** den Energie- und Ressourcenverbrauch senkt sowie Arbeit, Gesundheit und Umweltinvestitionen vergünstigt. Als wichtigen Anreiz und zur Abfederung braucht es einen Klimabonus, der aus einer sozial und wirtschaftlich gerecht gestalteten CO₂-Bepreisung finanziert wird. Im Zuge eines fairen Gesamtkonzeptes umgesetzt, handelt es sich dabei auch aus unserer Sicht um eine „zutiefst marktwirtschaftliche Maßnahme“, wie zuletzt auch der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts WIFO betont hat. Im Zuge einer gesamthaft gedachten Steuerreform sollten beispielsweise auch Investitionen in energieeffiziente Technik und erneuerbare Energien für die Wirtschaft begünstigt werden. Weiters müssen alle strukturellen Benachteiligungen für saubere Mobilität aus dem Steuersystem verbannt werden. Zudem braucht es ein möglichst rasches Divestment aus fossilen sowie klima- und biodiversitätsschädlichen Aktivitäten im staatlichen Einflussbereich. Darüber hinaus ist in allen Bereichen ein Um-Investieren im Sinne des Klima- und Biodiversitätsschutzes zu forcieren. Dafür braucht es auch attraktive Anreize und Instrumente, um mehr private Mittel in diese Bereiche zu lenken.

3. Klimaschädliche Subventionen abbauen

Subventionen, die den Klima- und Biodiversitätszielen entgegenwirken, sollten rasch abgebaut bzw. reformiert werden. Eine WIFO-Analyse (2016) der umweltschädlichen Subventionen in

¹ Klimaneutralität im Sinne eines Gleichgewichts zwischen dem Ausstoß und der Bindung von Treibhausgasen durch CO₂-Senken wie es zum Beispiel Wälder sind. Derzeit verfügt Österreich nur über fünf Millionen Tonnen jährlich gegenrechenbare Senken. Das forstwirtschaftliche Waldmanagement ist daher um ein „Senken-Management“ zu ergänzen. Da CO₂-Emissionen lange in der Atmosphäre bleiben, müssen diese sehr rasch reduziert werden, um die Erderhitzung zu bremsen.

den Bereichen Energie und Verkehr hat ein jährliches Volumen von zumindest 3,8 bis 4,7 Milliarden Euro ergeben, darunter auch das Dieselprivileg mit einem Volumen von über 700 Millionen Euro pro Jahr. Diese Mittel müssen in Zukunft ökologisch und ökonomisch vernünftiger als bisher investiert werden, wenn die Republik ihre Klimaschutz-Bekanntnisse ernst nimmt.

4. Jedes Jahr eine zusätzliche Klimaschutzmilliarde investieren

Klimaschutz erfordert auch Investitionen, die wiederum einen Mehrwert für Umwelt, Wirtschaft und Arbeitsplätze erzeugen. Daher sollte zusätzlich eine jährliche Klimaschutzmilliarde bereitgestellt werden. Die Mittel daraus sollten beispielsweise den Ausbau des öffentlichen Verkehrs fördern, die thermische Sanierung und Energieeffizienz von Betriebsgebäuden forcieren, Haushalte beim Ausstieg aus Öl und Gas unterstützen oder auch die Entwicklung neuer Technologien vorantreiben.

5. Verpflichtenden Klimacheck einführen

Ein verpflichtender Klima- und Biodiversitätscheck soll dazu führen, dass geplante Gesetze, Verordnungen und Bauprojekte der öffentlichen Hand gemeinsam mit der Wissenschaft auf ihre Auswirkungen für das Klima und die Natur überprüft werden müssen – wirksam, extern kontrolliert, transparent und nachvollziehbar, inklusive der Gesamtauswirkungen auf das CO₂-Budget. Dies würde auch die Planbarkeit und naturverträgliche Umsetzung wichtiger Projekte erhöhen. Darüber hinaus muss das künftige Finanzministerium die finanziellen Folgen der Klima- und Biodiversitätskrise langfristig und transparent abschätzen und ins Budget einplanen.

6. Echte Mobilitätswende starten

Für einen ganzheitlichen Klimaschutz muss auch das Mobilitätssystem entlang des Prinzips „vermeiden – verlagern – verbessern“ umgestaltet werden. Es geht dabei nicht um eine rein technische Umstellung von Antriebssystemen, sondern um ein Gesamtkonzept, das Mobilität völlig neu denkt, Radfahren und öffentlichen Verkehr befördert und den motorisierten Individualverkehr auf emissionsfreie Antriebssysteme umstellt. Zentral dafür sind unter anderem ein dichtes Netz an öffentlichen Verkehrsmitteln, ein klima- und standortverträglicher Ausstiegsplan aus rein fossilen Verbrennungsmotoren, eine bessere Infrastruktur für die Elektromobilität sowie fahrleistungsabhängige Mautsysteme nach dem Verursacherprinzip (Einführung im Zuge einer Steuerreform, um soziale und wirtschaftliche Effekte ausgleichen zu können). Zu den größten Hebeln gehört auch die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Dafür muss die Politik aber schon jetzt in mehr neue Verladestellen und die bessere Anbindung von Industriebetrieben investieren sowie Kostenwahrheit im Vergleich mit dem fossilen Verkehr schaffen.

7. Ausstieg aus Öl und Gas beschleunigen

Um den Gebäudebereich auf Klimaschutz auszurichten, braucht es ambitioniertere Energiestandards und eine stufenweise - sozial und wirtschaftlich verträglich durchgeführte - Sanierungspflicht sowie passende Förderinstrumente. Das übergeordnete Ziel sollte außer Streit stehen: Fossile Energie darf im Neubau keinen Platz mehr haben, was bei entsprechenden Rahmenbedingungen und einer rechtzeitigen Planung in den meisten Fällen ohne langfristig zusätzliche Kosten realisierbar wäre. Mitentscheidend dafür ist eine klimafreundliche Reform des Wohnrechts, um Energiesparmaßnahmen zu unterstützen und die Installation von Photovoltaik-Anlagen unbürokratischer und günstiger zu machen. Parallel dazu sollte ein neues Energieeffizienzgesetz zum Ziel haben, den Endenergieverbrauch schrittweise, aber ambitioniert zu senken. Für die Wirtschaft müssen dafür sowohl Beratungsangebote als auch Investitionsförderungen ausgebaut werden.

8. Sonnenstrom-Offensive starten

Das Ziel von 100 Prozent erneuerbarem Strom bis 2030 ist nur dann sinnvoll erreichbar, wenn Energie sparsamer eingesetzt wird, stabile Förderbedingungen für den Ausbau geschaffen werden und die Naturverträglichkeit schon zu Beginn außer Streit gestellt wird. Dafür braucht es einen Mix aus verschiedenen erneuerbaren Energieträgern, aber mit einem klaren Fokus auf die Photovoltaik. Denn in Österreich sind nach wie vor nur rund zwei Prozent des Potenzials für Sonnenstrom erschlossen. Wichtige Eckpunkte dafür sind mehr Förderungen, weniger Bürokratie, mehr Unterstützung und Beratung sowie bessere Möglichkeiten für eine regionale Vermarktung von Sonnenstrom. Zusätzlich braucht es eine Photovoltaik-Offensive für bestehende Gebäude wie Industrie- und Gewerbehallen, Bahnhöfe und Parkplätze sowie öffentliche Bauten und entsprechende Investitionszuschüsse. Im Neubau sollte die Nutzung von Sonnenenergie verpflichtend vorgeschrieben werden.

9. Klimaschutz in Wirtschaft, Gesellschaft und Bildungssystem verankern

Nur eine klimafitte Wirtschaft kann langfristig erfolgreich sein. Daher sollte die künftige Bundesregierung umgehend eine Strategie für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort in einer dekarbonisierten Wirtschaft erarbeiten. Parallel dazu ist sicherzustellen, dass der Wandel wirtschaftlich fair und sozial gerecht erfolgt. In diesem Sinne sollen alle Unternehmen gemeinsam mit ihrer Belegschaft einen klaren Klimafahrplan zum Ausstieg aus fossiler Energie erarbeiten. Parallel dazu müssen Bildung und Forschung zu Klima, Biodiversität und Transformation wesentlicher Teil aller Bildungs- und Ausbildungswege werden – von Kindergärten bis zu Universitäten. Dazu braucht es auch mehr öffentliche Investitionen in Forschung und Innovation.

10. Ökosysteme besser schützen, Bodenverbrauch reduzieren

Zur mutigen Klimapolitik gehört auch der Schutz der Natur und der Artenvielfalt. Mehr denn je braucht es intakte Ökosysteme und lebendige, frei fließende Flüsse, um die Folgen der Erderhitzung abfedern zu können. Denn naturnahe Ökosysteme erbringen eine Vielzahl an kostenlosen Dienstleistungen (zum Beispiel Wasser-Rückhalt bei Wetterextremen, Wasserreinigung, verbessertes Mikroklima, Luftreinigung und Kohlenstoffspeicherung). Diese Leistungen haben einen derart hohen Wert, dass es sich für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mehrfach auszahlt, in den Schutz und die Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme zu investieren. In diesem Sinne soll die Bundesregierung ein konkretes Maßnahmenpaket vorlegen und muss zugleich alles daran setzen, die viel zu hohe Flächenversiegelung zu reduzieren.

Sehr geehrter Herr Kurz, sehr geehrter Herr Kogler, mit diesem Schreiben appellieren wir an Sie, ein ambitioniertes, wirksames und naturverträgliches Klimaschutz-Programm ins Zentrum der künftigen Regierungsarbeit zu stellen. Damit würden Sie nicht nur den langfristigen Schutz unserer Lebensgrundlagen unterstützen, sondern auch neue Chancen für Wirtschaft und Arbeitsplätze in Österreich schaffen.

In diesem Sinne hoffen wir auf eine konstruktive Rückmeldung und ein ambitioniertes Regierungsprogramm, das Klima- und Umweltschutz ins Zentrum stellt. Über ein persönliches Gespräch darüber würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen,
die Unternehmen der WWF CLIMATE GROUP



Über die WWF CLIMATE GROUP

Die WWF CLIMATE GROUP ist ein vom WWF Österreich organisiertes Unternehmensnetzwerk, das sich aktiv für wirksamen Klimaschutz einsetzt. Unter dem Leitmotiv „Gemeinsam mehr erreichen“ engagiert sich das Netzwerk für klimabewusstes Handeln in Wirtschaft, Politik und Bevölkerung. Denn eine intakte Natur und lebenswerte Umwelt bilden die Grundlage unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems.

Mehr Informationen unter: www.wwf.at/climategroup